

Pressemitteilung

14. Dezember 2011

Inklusion: Offener Brief an niedersächsische Politik

Emsländische Grund- und Förderschulen wollen gehört werden

Meppen. In einem offenen Brief an die Bildungspolitiker in Niedersachsen fordern emsländische Grund- und Förderschulen, ihre konkreten Erfahrungen aus jahrelanger integrativer Beschulung von Kindern mit und ohne Behinderungen in die Beratungen zum Inklusionsgesetz einzubeziehen. Am 15. und 16. Dezember finden im niedersächsischen Landtag die Anhörungen zum Inklusionsgesetz statt.

„Wir haben den Eindruck, dass die Politik Inklusion derzeit als reinen Organisationsauftrag versteht“, moniert Adolf Bauer, 1. Vorsitzender des SoVD-Landesverbandes Niedersachsen e.V.. Inklusion sei aber ein gesamtgesellschaftlicher Veränderungsprozess, der in den Kindergärten und Schulen beginne. „Es reicht nicht aus, alle Kinder in einem Raum zu unterrichten. Die Rahmenbedingungen müssen auch stimmen“, so Bauer.

Ende November haben die Schulen zusammen mit dem SoVD-Landesverband Niedersachsen und der Tagesbildungsstätte Meppen die Fachtagung „Emsländische Schulen auf dem Weg in die Inklusion“ veranstaltet, bei der die konkrete Gestaltung inklusiver Schule erörtert wurde. In einem offenen Brief an die niedersächsische Politik informieren die Beteiligten der Fachtagung über wesentliche Ergebnisse und geben Hinweise für die weitere Beratung des Gesetzentwurfes.

Den Offenen Brief finden Sie im Anhang.

Mit mehr als 260.000 Mitgliedern insgesamt ist der SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. der größte Sozialverband des Landes. Er ist gemeinnützig, überparteilich und konfessionell unabhängig. In rund 60 niedersächsischen Beratungszentren steht er seinen Mitgliedern bei Themen wie Rente, Pflege, Hartz IV, Behinderung und Gesundheit kompetent zur Seite, vertritt sie gegenüber Politik, Behörden und vor den Sozialgerichten.